

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU**Sozialversicherungspflichtige Arbeit für ältere Arbeitslose**

Ältere Arbeitslose haben auch bei guter Qualifikation und großer Erfahrung besonders schlechte Chancen auf eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt. Nach maximal 15 Monaten Bezug von Arbeitslosengeld I erhalten auch zuvor jahrzehntelang Beschäftigte nur noch das an der Bedürftigkeit orientierte Arbeitslosengeld (Alg) II. Um in Bremen und Bremerhaven u. a. für die zurzeit knapp 5.000 Arbeitslosen über 55 Jahre im ersten Arbeitsmarkt Stellen zu sichern und zu schaffen, wurde im Rahmen des Bundesprogramms „Perspektive 50 plus“ das Bremer Projekt „Chance 50+“ konzipiert.

Um die Situation von älteren Arbeitslosen nach einem langen Berufsleben zu verbessern, aber auch um ihre Erfahrung und ihr Engagement zu nutzen, erscheint es sinnvoll, für diese Zielgruppe eine Beschäftigungsinitiative des Landes im Bremer Bündnis für Arbeit und Ausbildung zu ergreifen. Ziel dieser Initiative muss sein, die im § 16 des SGB II festgeschriebene Vorrangigkeit von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsmöglichkeiten (Entgeltvariante) für ältere Arbeitslose vorrangig zu realisieren und die darüber hinaus für diese Menschen bestehenden Förderangebote passgenau aufeinander abzustimmen und ihnen einen sozialverträglichen Übergang in die Rente ohne Alg-II-Bezug zu ermöglichen.

Um die Gefahr von Mitnahmeeffekten und Konkurrenzverzerrungen möglichst gering zu halten, muss es sich bei der geförderten Beschäftigung um zusätzliche Stellen handeln, die bei privaten Arbeitgebern und gemeinnützigen Organisationen etc. geschaffen werden können.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

1. Der Senat wird gebeten, im Bündnis für Arbeit und Ausbildung kurzfristig eine „Landesinitiative Sozialversicherungspflichtige Arbeit für Ältere“ zu ergreifen, um entsprechend der Vorgaben des SGB II (§ 16) im Rahmen der insgesamt geplanten 5.000 Integrationsjobs mindestens 500 sozialversicherungspflichtige Stellen zu schaffen für Langzeitarbeitslose, die über 55 Jahre alt sind und während einer langjährigen Berufstätigkeit Beiträge an die Sozialkassen entrichtet haben.
2. Das Programm ist so zu gestalten, dass es älteren Langzeitarbeitslosen die Existenz sichert und ihnen den Übergang zur Rente ohne Bezug von Arbeitslosengeld II ermöglicht.
3. Die Finanzierung der Maßnahmen im Rahmen bestehender EU-Förderprogramme ist anzustreben. Außerdem ist zu prüfen, inwieweit die Maßnahmen aus den Eingliederungsbudgets der BAGIS Bremen und der ARGE Bremerhaven mitfinanziert werden können. Soweit möglich sind weitere Drittmittel einzubinden.
4. Ein bei der Bremer Arbeit GmbH angesiedeltes „Büro Chance 50 plus“ soll die Aufgabe erhalten, im Rahmen des Bündnisses für Arbeit und Ausbildung durch direkte Kontaktaufnahme in Betrieben und deren Unterstützung bei der Auswahl

geeigneter Bewerber sowie durch verstärkte Information und Öffentlichkeitsarbeit zusätzliche Arbeitsplätze für ältere Langzeitarbeitslose zu gewinnen.

5. Ein entsprechendes Angebot für Bremerhaven ist mit den Trägern der dortigen Arbeitsgemeinschaft abzustimmen.

Helga Ziegert,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Klaus Peters, Karl Uwe Oppermann, Helmut Pflugradt,
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU